

Der Präsident

An die
Vorsitzende
des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Barbara Ostmeier, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Kiel, 13. Februar 2018

**Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Drucksache 19/352)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem oben genannten Gesetzentwurf eine
Stellungnahme abgeben zu können. Diese Gelegenheit nehmen wir gerne wahr.

Den Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein ist es künftig freigestellt, ob sie
Straßenausbaubeiträge erheben wollen. Diese Wahlmöglichkeit bedeutet jedoch
nicht - auch nicht im Vorfeld einer Kommunalwahl -, dass die Straßenausbaubeiträge
in allen Kommunen abgeschafft werden sollen. Vielmehr sollte nach Auffassung des
Bundes der Steuerzahler die Straßenausbaubeitragsatzung den Normalfall in einer
Kommune darstellen. Nur in Ausnahmefällen, in denen zum Beispiel aufgrund hoher
kommunaler Rücklagen Straßenausbaubeiträge nicht benötigt werden oder in denen
eine gerechte Lastenverteilung durch den Straßenausbaubeitrag nicht möglich ist,
sollten Kommunen auf dieses Finanzierungsinstrument verzichten. Darauf haben wir
immer wieder ausdrücklich hingewiesen. Insofern ist auch keine Kompensationslei-
stung des Landes notwendig, wenn eine Kommune freiwillig auf die Erhebung von
Beiträgen verzichtet.

Im Übrigen hat sich die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden am
11. Januar 2018 auf ein umfangreiches Paket geeinigt, mit dem die bislang in Teilen
festzustellende strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden in Schles-
wig-Holstein ausgeglichen werden soll. Der Bund der Steuerzahler begrüßt diese
Einigung und stellt ergänzend fest, dass damit den Kommunen ausreichend Mittel
zur Verfügung stehen, um alle heute bestehenden Aufgaben bedarfsgerecht zu erfül-
len. Weitere Zuweisungen vom Land an die kommunale Ebene sind nur dann not-
wendig und gerechtfertigt, wenn zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen hinzu-
kommen.

Im Ergebnis lehnen wir deshalb den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

Gern sind wir bereit, unsere Position im mündlichen Vortrag weiter zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Altmann', written over a light blue rectangular background.

(Dr. Aloys Altmann)
Präsident